

MORAL 2001 - WERTE UND NORMEN IM WANDEL

Handgreiflichkeiten gegen die Polizei stehen für immer mehr Menschen unter Tabu - Auch die Steuermoral wird wieder besser.

Allensbach am Bodensee, Anfang Mai 2001 - In den letzten Jahrzehnten wurde oft von einer generellen Auflösung von Werten und Normen gesprochen. Das Stichwort von der "neuen Unübersichtlichkeit", das der Philosoph Jürgen Habermas in die Debatte brachte, meinte auch dies: daß Werte und Normen, die man lange Zeit für absolut gehalten hatte, plötzlich als relativ erscheinen. Richtig ist an dieser Beobachtung, daß die Akzente, die die Bevölkerung im Bereich der Normen und Werte setzt, sich im Laufe der Zeit verändern, und daß Tabus manchmal ganz oder für eine Weile in den Hintergrund der Aufmerksamkeit rücken. Zugleich wird die Aufmerksamkeit und die normative Rigorosität dann jedoch in anderen Punkten größer. Es bilden sich neue Tabus, von denen es heißt: "Das darf man unter keinen Umständen."

Zu einem neuen gesellschaftlichen Tabu hat sich allmählich zum Beispiel die Einsicht entwickelt, daß man mit zuviel Promille nicht Auto fahren darf. 77 Prozent der Bevölkerung vertreten diese Position inzwischen rigoros. In Westdeutschland ist dieser neue Tabuakzent im Laufe der 90er Jahre von 63 auf 76 Prozent verschärft worden, in Ostdeutschland ist die Ablehnung von Promille beim Autofahren seit 1990 bei 85 Prozent der Bevölkerung gleich stark geblieben. Das ist das Ergebnis einer Langzeitstudie, die das Institut für Demoskopie Allensbach im März mit einer aktuellen Umfrage aktualisiert hat.

Sehr stark relativiert hatte sich im Laufe der 80er Jahre die Einstellung der Bevölkerung gegenüber dem Gewaltmonopol des Staates - erkennbar etwa in der Einstellung, daß man gegen die Polizei auf keinen Fall handgreiflich werden darf. Anfang der 80er Jahre sagten das noch 58 Prozent der Westdeutschen, 1990 jedoch nur noch 40 Prozent. Diese Relativierung des staatlichen Gewaltmonopols hat die Bevölkerung im Laufe der 90er Jahre in erstaunlicher Geschlossenheit wieder zurückgenommen. Inzwischen sagen 69 Prozent, daß sie Handgreiflichkeiten gegenüber der Polizei auf gar keinen Fall zu billigen bereit sind. Die Wiederentdeckung dieser unabdingbaren Norm des modernen Rechtsstaates dürfte gewiß mit den Vorgängen und Bildern zu tun haben, die die Bevölkerung seit Jahren immer wieder im Zusammenhang mit den gewalttätigen Demonstrationen gegen die Castortransporte zu sehen bekommt. In Ostdeutschland ist die Zahl derjenigen, die jede Form von Handgreiflichkeit gegenüber der Polizei grundsätzlich ablehnen, von 51 auf 66 Prozent größer geworden.

Die grundsätzliche Ablehnung von Drogen wie Marihuana oder Haschisch ist in den letzten zwanzig Jahren demgegenüber jedoch aufgeweicht worden. Zwar halten 75 Prozent der Deutschen bis heute daran fest, daß man unter keinen Umständen solche Drogen nehmen darf. In Westdeutschland waren solche Drogen 1981 immerhin noch für 85 Prozent tabu. Die Allensbacher Langzeitanalyse zeigt, daß die Auflockerung dieses Tabus in der ersten Hälfte der 90er Jahre stattfand. In den letzten Jahren scheint aber auch hier ein Umdenkprozeß stattzufinden. In Westdeutschland ist die strikte Ablehnung weicher Drogen seit 1994 wieder um wenige Prozentpunkte größer geworden. In Ostdeutschland ist das allerdings nicht der Fall. 1990 waren noch 95 Prozent der Ostdeutschen strikt gegen Drogen wie Marihuana und Haschisch eingestellt, 1994 nur noch 84 Prozent, jetzt sind es nur noch 78 Prozent, die eine grundsätzliche Antihaltung gegen Drogen einnehmen.

Über zwei Jahrzehnte sehr stabil geblieben ist in Westdeutschland die Ablehnung des Mißbrauchs von Sozialleistungen. 68 Prozent der Westdeutschen beharren darauf, daß man unter keinen Umständen Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe in Anspruch nehmen darf, wenn man dazu in Wirklichkeit gar nicht berechtigt ist. Schon 1981 betonten das 64 Prozent. In Ostdeutschland ist im Laufe der letzten zehn Jahre allerdings die Bereitschaft gewachsen, diese Art Mißbrauch des Sozialstaats etwas lockerer zu sehen. 1990 lehnten das 73 Prozent der Ostdeutschen ab, und zwar ohne Wenn und Aber; jetzt tun dies nur noch 62 Prozent.

Kontinuierlich angewachsen ist in den 90er Jahren in Westdeutschland die Forderung nach Steuerehrlichkeit. In den 80er Jahren lief der Trend genau andersherum. Von den 52 Prozent, die darauf bestanden, daß man es mit der Steuer ganz genau nimmt und daß man unter keinen Umständen Steuern hinterziehen dürfe, waren am Ende des Jahrzehntes nur noch 39 Prozent übriggeblieben. Seitdem wird jedoch die Zahl derer, die darauf bestehen, daß man ganz und gar ehrlich seine Steuern bezahlt, von Umfrage zu Umfrage wieder größer. 1994 forderten das 42 Prozent der Westdeutschen, inzwischen sagen das 47 Prozent. In Ostdeutschland fordern dies sogar 51 Prozent.

Diese Entwicklung erscheint auf den ersten Blick überraschend, denn im gleichen Zeitraum, in dem man es mit der Steuerehrlichkeit wieder genau genommen haben möchte, hat die Ehrlichkeit als grundsätzliche Tugend in Deutschland zahlreiche Anhänger verloren. Nur noch jeder fünfte Befragte besteht darauf: "Zum eigenen Vorteil lügen, das darf man unter keinen Umständen." 1981 sagten das immerhin in Westdeutschland noch 33 Prozent. Und auch in Ostdeutschland, wo das Allensbacher Institut 1990 zum ersten Mal diese Umfrage zur Moral durchführte, lehnten noch 35 Prozent die Lüge zum eigenen Vorteil ab.

TECHNISCHE DATEN FÜR DIE REDAKTION

Anzahl der Befragten:	2094
Repräsentanz:	Gesamtdeutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Zeitraum der Befragung:	22. Februar bis 6. März 2001
Archiv-Nummer der Umfrage:	7004

Bei dieser Umfrage waren insgesamt 512 Interviewer eingesetzt.

Moral 2001: Das darf man auf keinen Fall

FRAGE: "Könnten Sie mir bitte für jeden der folgenden Punkte sagen, ob Sie das in jedem Fall für in Ordnung halten, oder unter keinen Umständen, oder irgendwo dazwischen. Gehen Sie bitte nach diesem Bildblatt vor: 1 würde bedeuten, das darf man unter keinen Umständen tun; 10 würde bedeuten, das ist in jedem Fall in Ordnung."



QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 7004, Februar/März 2001

Werte und Normen im Wandel

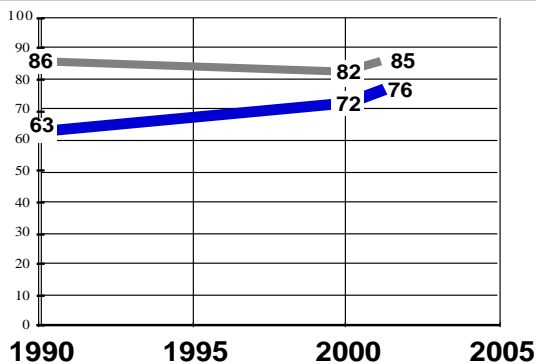
FRAGE: "Könnten Sie mir bitte für jeden der folgenden Punkte sagen, ob Sie das in jedem Fall für in Ordnung halten, oder unter keinen Umständen, oder irgendwo dazwischen. Gehen Sie bitte nach diesem Bildblatt vor: **1** würde bedeuten, das darf man unter keinen Umständen tun; **10** würde bedeuten, das ist in jedem Fall in Ordnung"

Deutsche Bevölkerung

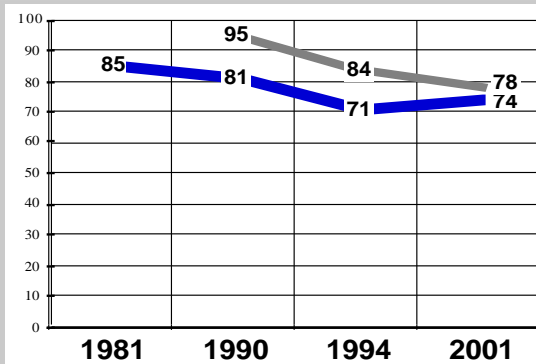
"Das darf man unter keinen Umständen tun"

■ West

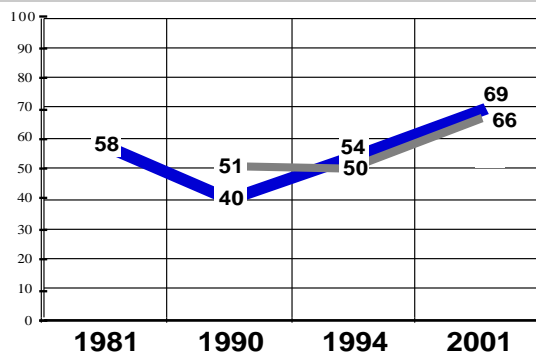
■ Ost



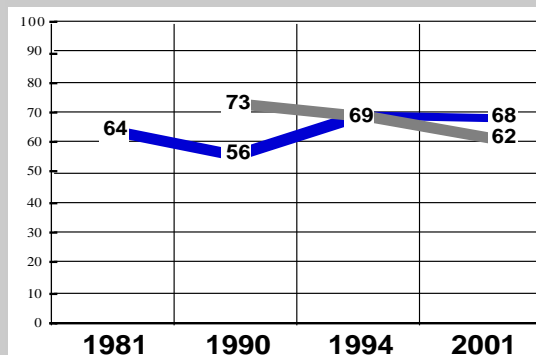
Auto fahren, obwohl man zuviel getrunken hat



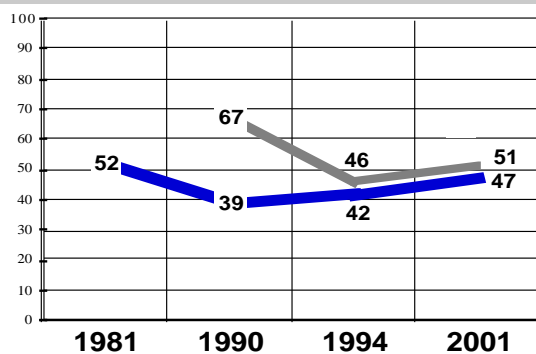
Drogen wie Marihuana oder Haschisch nehmen



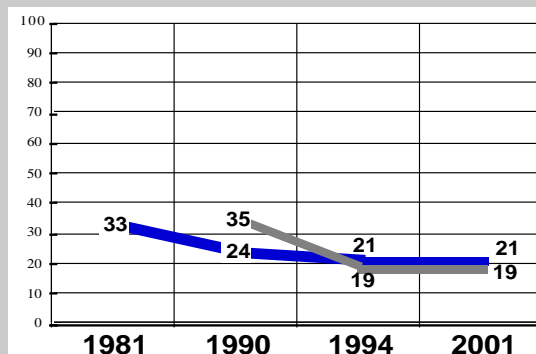
Wenn jemand gegen die Polizei handgreiflich wird



Widerrechtlich soziale Vergünstigungen in Anspruch nehmen



Steuer hinterziehen



Wenn einer zum eigenen Vorteil lügt

QUELLE: IfD-Umfrage, Allensbacher Archiv, zuletzt Umfragenr. 7004, Februar/März 2001